

Allgemeine
Zeitung
15.02.
2014

Den Wahlkampf zahlen vor allem die Stadträte

Finanzierung Was die Parteien in Kempten ausgeben: Spanne reicht von knapp 3000 Euro bei der ÖDP und 80 000 Euro bei der CSU

VON FRANZ SUMMERER

Kempten Immer wieder sorgen Spenden an Parteien für Aufsehen, hängt ihnen doch ein „Gschmäcke“ an. Doch, wenn Geld fließt, ist das meist auf Landes- oder Bundesebene. Den Kommunalwahlkampf dagegen müssen die örtlichen Parteien und Wählergruppen selbst zahlen. Wie machen sie das und was kostet er? Dazu hörte sich die AZ bei den im Kemptener Stadtrat vertretenen Gruppierungen um.

Auf Bundes- und Landesebene erhalten die Parteien Geld vom Bund. Und zwar anteilig nach ihren Wahlerfolgen (siehe Infokasten). „Wer glaubt, wir hier bekommen größere Spenden von Unternehmern oder Privatleuten außerhalb der Partei, der liegt falsch“, sagen alle Befragten in Kempten. So müssen die Parteien vor Ort ihren Kommunalwahlkampf weitgehend selbst bezahlen. Und das tun vor allem die Stadträte, in dem sie einen Teil der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen an ihre Kreisverbände abgeben. Die Beiträge sammeln dann die Schatzmeister sechs Jahre lang an und zahlen damit Plakate, Prospekte, Flyer, Anzeigen oder Veranstaltungen. Aber auch von den jeweiligen Kandidaten – ob sie jetzt Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt-, Gemeinde- oder Kreisräte werden wollen – erwarten die Parteien einen Obulus.

● **CSU** Insgesamt 80 000 Euro ließ sich die Kemptener CSU den Kampf ums Rathaus vor sechs Jahren kosten, erklärt Fraktionschef Erwin Hagenmaier. Hauptgrundlage für die Finanzierung sind die Beiträge der Stadträte. So geben sie laut dem Kreisvorsitzenden Thomas Kreuzer

zehn Prozent ihrer Einkünfte an die Partei weiter. Auch der OB zahle einen festen Betrag in die Parteikasse. Nur für eigene Werbemittel, wie Visitenkarten oder Kugelschreiber, müssten die Kandidaten selbst aufkommen.

● **SPD** Rund 25 000 Euro kostete der Wahlkampf 2008 die Sozialdemokraten in Kempten. Weil sie diesmal aber wieder einen OB-Kandidaten haben, dürfte es heuer um einiges teurer werden. „Zu 80 Prozent“, sagt Fraktionschef Ludwig Frick, „kommt das Geld für den Wahlkampf von den Sitzungsgeldern der Stadträte.“ Der Rest

stammt von Mitgliedsbeiträgen und den Kandidaten. Frick: „Wenn alle vier Jahre Wahlen wären, hätten wir ein Problem, das zu finanzieren.“

● **Freie Wähler** 20 000 Euro kostete den Freien Wählern in Kempten der letzte Kommunalwahlkampf vor sechs Jahren, erläutert FW-Kreisvorsitzender Herbert Karg. Diesmal werden es zwar mehr sein. Jedoch übernehmen die Stadtrats-Bewerber einen großen Teil für die Plakat-Aktion mit ihrem Konterfei, bei der 16 von 44 mitmachten. Den Löwenanteil der Ausgaben zahlen aber auch da die Stadträte.

● **Grüne** Auf insgesamt 11 000 Euro schätzt Fraktionschef Thomas Hartmann die Ausgaben der Grünen bis zum 16. März. Und auch da kommt ein großer Brocken von den Stadträten. Was der OB-Kandidat Hartmann noch an eigenen Werbemitteln, beispielsweise für Visitenkarten, einsetzt, müsse er aus eigener Tasche zahlen. Hilfe kommt zudem von dem Landtagsabgeordneten Thomas Gehring: 1600 Euro zahlt er nach eigenen Angaben im Jahr an den Kreisverband.

● **FDP** Ein Budget von 5000 Euro haben die Liberalen, laut ihres Vorsitzenden und Stadtrats Dr. Dominik Spitzer. „Dafür sparen wir die Beiträge der Stadträte und bringen viel Eigenengagement.“ So kleben er und OB-Kandidat Ullrich Kremser selbst die Plakate.

● **ÖDP** Am wenigsten aller Stadtrats-Parteien will die ÖDP ausgeben: 2700 Euro. Dafür zahlen ihre Stadträte 100 Euro im Monat in die Parteikasse. Um Kosten zu sparen, „habe ich sogar meine Landtagsplakate recycelt“, sagt OB-Kandidat Michael Hofer. Der Wahlkampf grenze an „Selbstausschüttung“.

Parteienfinanzierung

Die Parteien in Deutschland finanzieren sich zu einem erheblichen Teil aus staatlichen Mitteln. Maßgeblich für die Verteilung sind die Wahlerfolge, die die Parteien bei den jeweils letzten Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt haben. Um Geld vom Bund zu erhalten, müssen die Parteien bei der Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei der Landtagswahl mindestens 1 Prozent der Zweitstimmen erreicht haben.

Für das Jahr 2012 waren 20 Parteien anspruchsberechtigt. Von insgesamt 150,8 Millionen Euro bekamen die sechs Bundestagsparteien 144,8 Millionen: CDU 46,4 Mio., SPD 45,6 Mio., Grüne 15,2 Mio., FDP 14,1 Mio., Linke 12,3 Mio. und CSU 11,3. Aus diesem Topf erhielten auch Republikaner, NPD, Piraten, ÖDP und Freie Wähler Geld.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)